

## Antrag

**der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Dr. Rainer Kraft, Dr. Heiko Wildberg, Stephan Brandner, Joana Cotar, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Dr. Axel Gehrke, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und Fraktion der AfD**

### **Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen – Kostengünstige Energie als Grundpfeiler für fortwährendes Wachstum und nachhaltigen Umweltschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand – ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
  2. Deutschland verfügt zudem über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
  3. Moderne, hocheffiziente Technologien wie eine effiziente konventionelle Landwirtschaft, Kernenergie und Schlüsselbereiche der Industrie (IT, Nanotechnologie, additive Fertigungsverfahren usw.) sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu halten – Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.
  4. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
  5. Eine effektive Kreislaufwirtschaft, insbesondere durch Recycling, reduziert Schadstoffemissionen sowie Abfallströme und vermindert die Abhängigkeit von Rohstoffquellen – die Wiederverwertung mit ihrem signifikanten Energieverbrauch wird sich nur mit kostengünstiger Energie durchsetzen.

6. Die direkten und indirekten Bereitstellungskosten für Energie, inklusive Subventionen und der Mitigation unerwünschter Auswirkungen für die Gesellschaft und die Umwelt, sollten daher höchstens so hoch wie jene heutiger thermischer Großkraftwerke sein – verglichen damit sind diese bei den Umgebungsenergien in nachfragegerecht bereitgestellter Form stets teils erheblich höher.
7. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozessketten, ist folglich eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
8. Die von der Bundesregierung verfolgte „Energiewende“ und „Klimaschutzpolitik“ hat im Gegensatz dazu in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
9. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der sogenannte erneuerbare Strom aus Umgebungsenergien nicht wettbewerbsfähig produziert werden – eine „Klimakrise“, welche als Grund stets genannt wird, existiert nicht, da es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO<sub>2</sub>-Emissionen gibt.
10. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
11. Es gibt mitnichten einen „wissenschaftlichen Konsens“ in der „Klimadebatte“, auch wenn dies in Medien, Politik und politisch bezahlter „Forschung“ immer behauptet wird. Seriöse Forschung sieht den Einfluss des menschengemachten CO<sub>2</sub> als nachrangig an.
12. CO<sub>2</sub>-Emissionen sind somit kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse – restriktiv und regulativ angelegte Abkommen wie der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel oder der „Green Deal“ der EU schaden daher nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Umwelt.
13. Ineffiziente Energieumwandlung, wie etwa durch Umgebungsenergien, bleibt ineffizient, auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt, die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
14. Neben der eigentlichen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung durch die „Erneuerbaren“ ist die Speicherung dieser Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z. B. Mais) in Form von Wasserstoff oder anderen „synthetischen“ Betriebs- und Treibstoffen nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Windenergie, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht sie in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch „erneuerbare“ Energien wird auf diese Weise noch potenziert.
15. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO<sub>2</sub> auf diese Weise „frei“ zu machen, vernichtet somit Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
16. Eine Anpassung an den Klimawandel allgemein, welcher vom natürlichen Anteil dominiert wird, ist nicht nur erheblich wirksamer ergo zielführender, sondern auch mit substantiell weniger Aufwand verbunden.
17. Die Energiebereitstellung durch fossile und nukleare Energie (inklusive der Kernfusion) mit ihren hohen Leistungsdichten ist zehnfach bis hundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z. B. Mais) und ihr Fußabdruck in der Umwelt ist daher deutlich geringer.

18. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nur stellvertretend für eine breite Palette „synthetischer“ Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
  19. Der Ersatz von Produkten aus Erdöl und Erdgas mit „synthetischen“ Betriebs- und Treibstoffen ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muss sich an wettbewerbsfähigen Preisen orientieren.
  20. Die Energieerzeugung allgemein inklusive der großtechnischen Produktion von „synthetischen“ Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt daher eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare, Hochtemperaturquelle hoher Leistungsdichte voraus – ohne Kernenergie hat dies keinen Sinn.
  21. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren der Generation IV können als Hochtemperaturquelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozesswärme für die großtechnische Produktion von „synthetischen“ Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen.
  22. Reaktoren der Generation IV, insbesondere Flüssigbrennstoffreaktoren, könnten den Brennstoffkreislauf schließen und dadurch den Bedarf an geologischen Endlagerkapazitäten nahezu vermeiden – sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und Transmutation (P&T, PuT), siehe auch Bundestagsdrucksache 19/17127.
  23. Vielversprechende Kernfusionstechnologien wie etwa Fusoren (Inertial Electrostatic Confinement, IEC), Trägheitsfusion, katalysierte Fusion und Collider sind abseits zum aktuell im Fokus stehenden Tokamak oder Stellerator nur mit geringen Forschungskapazitäten bedacht.
  24. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
  25. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die „Klimaschutz“-Politik einzustellen, alle diesbezüglichen Ausgaben und Förderungen zu streichen und stattdessen verstärkt den Fokus auf Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu legen sowie falsifizierbare, ergebnisoffene Forschung auf diesem Gebiet zu unterstützen,
  2. sämtliche Maßnahmen zur Bepreisung oder sonst wie erzwungenen Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen in die Atmosphäre (unter anderem Emissionshandel, „Green Deal“, Brennstoffemissionshandelsgesetz oder Zwangsquoten für den Absatz CO<sub>2</sub>-emissionsfrei bereitgestellter Produkte beziehungsweise Dienstleistungen) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes abzuschaffen beziehungsweise zu unterlassen und entsprechende Vereinbarungen aufzukündigen,
  3. alle Subventionen für die umweltschädlichen sogenannten erneuerbaren Energien sowie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unter Berücksichtigung der Gewährleistung des Vertrauensschutzes für bestehende Anlagen im Übrigen schnellstmöglich vollständig und ersatzlos abzuschaffen,

4. sicherzustellen, dass alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, wie jede andere entsprechende Industrieanlage in Deutschland, insbesondere mit Blick auf Rückbauauflagen und das „n-1“-Kriterium bezüglich der Netzstabilität, eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,
5. sich für Recyclingtechnologien derart einzusetzen, dass diese freiwillig im Markt durch Verfügbarkeit kostengünstiger Energie wahrgenommen werden,
6. auf eine nachhaltig günstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO<sub>2</sub>-Bepreisung), hinzuwirken,
7. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben,
8. sich für die Ansiedelung beziehungsweise den verstärkten Ausbau hocheffizienter, zukunftssträchtiger, wirtschaftlich attraktiver und wirklich umweltschonender Schlüsselbereiche, insbesondere der Quanteninformationstechnologie, der Nanotechnologie, additiver Fertigungstechnologien, der Kernenergie und vermehrt der Forschung auf dem Gebiet der Mikrobiologie sowie Genetik zu engagieren,
9. sich technologieoffen für alle Formen effektiver und umweltschonender Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, insbesondere weiteren Kernfusionstechnologien neben Tokamak und Stellarator, in Forschung und Entwicklung einzusetzen,
10. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere der Reaktoren der Generation IV und der Kernfusion, einzusetzen,
11. die Herstellung „synthetischer“ Betriebs- und Kraftstoffe (z. B. von Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie (inklusive der Kernfusion), insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren der Generation IV, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen,
12. die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,
13. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,
14. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame, alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen sowie
15. eine Änderung des Atomgesetzes (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Zweck der Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Kernreaktoren der Generation IV zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Berlin, den 10. September 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, dass gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist – etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft<sup>(1)</sup> und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten<sup>(2)</sup> oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterieelektrifizierung<sup>(3)</sup>. Eine hohe Inanspruchnahme von Land lässt sich nur wegen der teils geringeren Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirtschaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört<sup>(4)</sup>. Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z. B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten – hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Fachkreisen wird diese Feststellung und steigender Wohlstand mit der Zunahme des Energieumsatzes sowie der Nutzung effizienter Energietechnik zumindest korreliert<sup>(5), (6), (7)</sup> – Effizienz gemeinsam mit Energieumsatz einerseits und Umweltschutz andererseits schließen sich gerade eben nicht aus, sondern gehören zusammen<sup>(8)</sup>. Nach Auffassung der Antragssteller ist das plausibel, steht dies doch stellvertretend für eine hohe Verfügbarkeit von Ressourcen, welche eine größere Hinwendung zu Umweltschutzfragen bei gleichzeitig hohem materiellen Wohlstand in der Grundversorgung erlaubt – in den wenig industriell entwickelten Ländern hingegen geht es verständlicherweise oft primär um die substantielle Existenz oder gar um Leib und Leben. Daraus schließen die Antragssteller aber auch, dass diese oben genannten, für eine wohlhabende Gesellschaft mit hohen Naturschutzstandards bewährten Grundlagen erhalten und idealerweise ausgebaut werden sollten.

Dieser Ansatz wird nach Auffassung der Antragssteller in Deutschland jedoch immer weiter konterkariert, gar in das Gegenteil verkehrt. So werden den Naturraum raubende, flächenintensive und ineffiziente Umgebungsenergien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert oder Regulierungen wie das Brennstoffemissionshandelsgesetz eingeführt und damit die Wirtschaftskraft geschwächt, um ein vorgeblich existenzbedrohendes Problem, den Klimawandel, welcher fast ausschließlich durch menschliche Aktivitäten in Zusammenhang mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht sei, zu beheben. Ein nennenswerter Einfluss von CO<sub>2</sub> auf das Klima der Erde ist jedoch weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001<sup>(9), (10)</sup>: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nicht-lineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer<sup>(11)</sup> als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO<sub>2</sub> verursacht sein soll. Im Gegenteil – das Klima kann und muss nicht vor hohen CO<sub>2</sub>-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.<sup>(12)</sup>

<sup>1</sup> [www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-suedamerika-kehrseite-der-energiewende.724.de.html?dram:article\\_id=447604](http://www.deutschlandfunk.de/lithium-abbau-in-suedamerika-kehrseite-der-energiewende.724.de.html?dram:article_id=447604)

<sup>2</sup> [www.nationalgeographic.de/tiere/nashorn-jagd-blutige-schlacht-ums-horn](http://www.nationalgeographic.de/tiere/nashorn-jagd-blutige-schlacht-ums-horn)

<sup>3</sup> [www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/kobalt-aus-dem-kongo-hier-sterben-menschen-fuer-unsere-e-autos-a-1291533.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/kobalt-aus-dem-kongo-hier-sterben-menschen-fuer-unsere-e-autos-a-1291533.html)

<sup>4</sup> Binkley, C.S. et al.: Sequestering carbon in natural forests. *Critical reviews in environmental science and technology*, 27, S. 23-45

<sup>5</sup> <http://euanmearns.com/electricity-and-the-wealth-of-nations/>

<sup>6</sup> <https://dx.doi.org/10.14254/2071-8330.2014/7-3/10>

<sup>7</sup> <https://dx.doi.org/10.1016/j.enpol.2004.10.008>

<sup>8</sup> Schmitz, P.M., et al.: Globale Auswirkungen einer rein pflanzlichen Ernährung – Konsequenzen für Wirtschaft, Umwelt und Welternährung. *Gießen*, Februar 2019, S. 92

<sup>9</sup> [www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/WGI\\_TAR\\_full\\_report.pdf](http://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/WGI_TAR_full_report.pdf)

<sup>10</sup> <https://archive.ipcc.ch/ipccreports/tar/wg1/pdf/TAR-14.PDF>

<sup>11</sup> [www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full](http://www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full)

<sup>12</sup> [www.eike-klima-energie.eu/2017/07/08/beweise-fuer-die-unwirksamkeit-von-co2-bei-der-klima-entwicklung/](http://www.eike-klima-energie.eu/2017/07/08/beweise-fuer-die-unwirksamkeit-von-co2-bei-der-klima-entwicklung/)

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, dass der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei.<sup>(13)</sup> Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse<sup>(14)</sup>, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen<sup>(15), (16)</sup>, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel<sup>(17)</sup>, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung<sup>(18)</sup>, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen<sup>(19)</sup> und über die CO<sub>2</sub>-Bindekraft von Pflanzen<sup>(20)</sup>. Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfasst<sup>(21)</sup>.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlussfolgerung<sup>(22)</sup>, dass mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachen ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab. Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen.<sup>(23)</sup> Und das, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand. Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen.<sup>(24), (25)</sup> Der Klimawandel ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit.<sup>(26)</sup>

Die „Klimaschutzpolitik“ und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhöhte Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich.<sup>(27)</sup> Am „Green Deal“ der EU mit seinem Umfang von etwa 1 Billion Euro wird Deutschland sehr wahrscheinlich mit den höchsten Beiträgen beteiligt sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik. Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten – nukleare Brennstoffe<sup>(28)</sup> – oder stark eingeschränkt – fossile Brennstoffe.<sup>(29), (30), (31)</sup>

<sup>13</sup> <https://kaltesonne.de/das-siebenundneunzig-prozent-problem-welcher-konsens/>

<sup>14</sup> <https://kaltesonne.de/neue-studie-der-universitaet-erlangen-numberg-entzaubert-klimawandel-mythos-erderwarmung-schritt-in-der-vergangenheit-genauso-schnell-voran-wie-heute/>

<sup>15</sup> [www.eike-klima-energie.eu/2019/10/01/gespenstische-klimamodelle/](http://www.eike-klima-energie.eu/2019/10/01/gespenstische-klimamodelle/)

<sup>16</sup> [www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full](http://www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full)

<sup>17</sup> [www.eike-klima-energie.eu/2019/07/12/menschliche-co2-emissionen-haben-kaum-auswirkungen-auf-den-atmosphaerischen-co2-gehalt/](http://www.eike-klima-energie.eu/2019/07/12/menschliche-co2-emissionen-haben-kaum-auswirkungen-auf-den-atmosphaerischen-co2-gehalt/)

<sup>18</sup> <https://kaltesonne.de/durchbruch-in-der-klimaforschung-so-lasst-die-sonne-die-wolken-tanzen>

<sup>19</sup> <https://kaltesonne.de/suche-nach-der-angeblich-im-tiefen-ozean-versunkenen-warme-endet-mit-fehlschlag-tiefe-meeresschichten-kuhlten-sich-in-den-letzten-20-jahren-ab/>

<sup>20</sup> <https://kaltesonne.de/die-sonne-im-juli-2019-die-erde-wird-gruener-die-ausbleibende-katastrophe/>

<sup>21</sup> <https://kaltesonne.de/absolute-globale-mitteltemperatur-viel-wind-um-nichts/>

<sup>22</sup> [www.novo-argumente.com/rezension/gibt\\_es\\_mehr\\_unwetter](http://www.novo-argumente.com/rezension/gibt_es_mehr_unwetter)

<sup>23</sup> <https://ourworldindata.org/ofdared-international-disaster-data/>

<sup>24</sup> [www.eike-klima-energie.eu/2017/09/13/naturkatastrophen-noch-nicht-erlebt/](http://www.eike-klima-energie.eu/2017/09/13/naturkatastrophen-noch-nicht-erlebt/)

<sup>25</sup> [www.eike-klima-energie.eu/2016/01/13/munich-re-presseinfo-natur-fordert-mehr-opfer-naturkatastrophen-wie-erdbeben-ueberschwemmungen-und-hitzewellen-haben-2015-deutlich-mehr-menschenleben-gekostet-als-im-vorjahr/](http://www.eike-klima-energie.eu/2016/01/13/munich-re-presseinfo-natur-fordert-mehr-opfer-naturkatastrophen-wie-erdbeben-ueberschwemmungen-und-hitzewellen-haben-2015-deutlich-mehr-menschenleben-gekostet-als-im-vorjahr/)

<sup>26</sup> <https://kaltesonne.de/fritz-vahrenholt-wir-haben-aber-keinen-klimanotstand/>

<sup>27</sup> [www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/eeg-in-zahlen-pdf.pdf%3F\\_\\_blob%3DpublicationFile](http://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/eeg-in-zahlen-pdf.pdf%3F__blob%3DpublicationFile)

<sup>28</sup> [www.gesetze-im-internet.de/atg/](http://www.gesetze-im-internet.de/atg/)

<sup>29</sup> [www.gesetze-im-internet.de/tehg\\_2011/](http://www.gesetze-im-internet.de/tehg_2011/)

<sup>30</sup> [www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html](http://www.gesetze-im-internet.de/behg/BJNR272800019.html)

<sup>31</sup> Bundestagsdrucksache 19/17342

CO<sub>2</sub>-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet.<sup>(32)</sup> Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten.<sup>(33)</sup> Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der „Klimaschutzpolitik“ befördert eine ineffiziente, instabile Energieerzeugung durch Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach – über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO<sub>2</sub> „frei“ zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Bundesregierung schlägt aktuell vor, dass die Herstellung von Wasserstoff die bestehenden Probleme der „Energiewende“ und des sogenannten „Klimaschutzes“ auflösen soll. Es gibt heute schon in der Industrie vielfältige Anwendungen und Verfahren in denen Wasserstoff erzeugt und verwendet wird (Dampfpreformierung, Cracking in Raffinerien, Ammoniaksynthese). Wasserstoff hat das Potential, in der Industrie fossile Energieträger zu ersetzen, ist aber im Mobilitätsbereich eher ungeeignet. Die Erzeugung von Wasserstoff steht nach Wahrnehmung der Antragssteller nur stellvertretend für eine breite Palette „synthetischer“ Betriebs- und Treibstoffe, die Produkte aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten – etwa synthetisches Erdgas, Benzin oder Diesel und Ammoniak. Sollen Erdgas und Erdölprodukte ersetzt werden, können Wasserstoff sowie synthetische Treibstoffe auch aus der Aufspaltung von Wasser (Wasserelektrolyse) mit elektrischer Energie und/oder thermischer Energie beziehungsweise mittels prozesschemischer Verfahren hergestellt werden. Je höher die Temperatur der Elektrolysereaktion oder des prozesschemischen Verfahrens, also je höher der Anteil der thermischen Energie desto geringer der Anteil elektrischer Energie beziehungsweise desto höher der Prozesswirkungsgrad.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche und wirtschaftliche Quelle zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Reaktoren der Generation IV, vor allem Flüssigbrennstoffreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Reaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluss des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich. Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellsplaltreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich.

Die Speicherung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z. B. Mais) hingegen als Wasserstoff oder die Erzeugung „synthetischer“ Betriebs- und Treibstoffe mit ebendiesen ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume verbunden. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch „erneuerbare“ Energien wird dadurch noch potenziert. Die Verwendung von Biomasse zur Herstellung von sogenannten „Bio“-Kraftstoffen wirft zusätzlich ethische Fragen auf, da hier immer Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelherstellung entsteht, ausgenommen Biomasse aus Abfall- und Reststoffen, welche dem Wirtschaftskreislauf entstammen und keine weitere Verwendung finden. Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse, etwa Mais,<sup>(34)</sup> <sup>(35)</sup> mit entsprechend deutlich geringerer Flächenintensität und Einwirkung auf die Artenvielfalt. Die großtechnische Produktion von „synthetischen“ Betriebs- und Treibstoffen als Ersatz für Produkte aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Quelle, wie Kernkraftwerke der Generation IV oder später möglicherweise auch Kernfusionsreaktoren voraus.

<sup>32</sup> [www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/versteigerung/2018/2018\\_Jahresbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](http://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/versteigerung/2018/2018_Jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

<sup>33</sup> [www.welt.de/politik/deutschland/article201209976/Klimapaket-So-viel-Geld-soll-die-CO<sub>2</sub>-Bepreisung-einbringen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article201209976/Klimapaket-So-viel-Geld-soll-die-CO2-Bepreisung-einbringen.html)

<sup>34</sup> <https://doi.org/10.1016/j.energy.2013.01.029>

<sup>35</sup> <https://doi.org/10.1016/j.anucene.2015.02.016>

Technologieoffenheit würde an dieser Stelle aber bedeuten, die Bemühungen – Forschungsinvestitionen, nicht Subventionen – in diesem Gebiet, insbesondere auch alternativ zu Konzepten des magnetischen Plasmaeinschlusses (Stellarator oder Tokamak), zu verstärken, um auch hier zu genügend kostengünstigen Lösungen, etwa für die Erzeugung von Wasserstoff, zu gelangen. Fusoren, welche nach dem Prinzip des elektrostatischen Trägheitseinschlusses (IEC) arbeiten,<sup>(36)</sup> stehen zwar am Anfang der Entwicklung, erlauben aber eine prinzipiell wesentlich effektivere Nutzung der Kernfusion, welche eine sehr wirtschaftliche Energiebereitstellung in allen Sektoren bewirken könnte. Die Forschungsinitiativen sind jedoch fast ausschließlich auf einige kleinere Arbeitsgruppen beschränkt, was stellvertretend für eine sehr bescheidene Finanzierung im Vergleich zu den Aufwendungen für z. B. ITER (Tokamak-Prinzip) steht – in derartige Zukunftstechnologien sollte dringend verstärkt investiert werden.

Kostengünstige Energie ist nach Meinung der Antragssteller der Schlüssel zu Verfahren, die zudem auch andere Substanzen, etwa Kunststoffe, aus Reststoffen herstellen oder die Wiederverwertung von Baustoffen bewerkstelligen können. So würde wettbewerbsfähiges Recycling gelingen. Ein Zwang durch höhere Abgaben oder Verbote durch das Verpackungsgesetz beantwortet keine Rohstoff- und Schadstoffemissionsfragen. Weitere Technologien, wie etwa additive Verfahren, die Nanotechnologie oder Erkenntnisse in der Mikrobiologie oder etwa auf dem Gebiet der Bioökonomie,<sup>(37)</sup> würden zu Effizienzsteigerungen in der Fertigung und im Materialverbrauch führen beziehungsweise eine leistungsfähige, umweltverträgliche Landwirtschaft ermöglichen. Nur auf diese Weise könnten bei begrenzter Fläche materielle Voraussetzungen für Wohlstand für alle Menschen bei gleichzeitiger Beibehaltung natürlicher Umgebungen geschaffen werden.

Eine in Deutschland ansässige, weltweit marktwirtschaftlich konkurrenzfähige Industrie in all diesen relevanten Zukunftsbereichen würde weltweite Absatzmöglichkeiten und Betätigungsfelder erschließen sowie die Unabhängigkeit auf dem wichtigen Gebiet der Energieversorgung und damit insgesamt die strategische Position Deutschlands allgemein stärken. Die Forschung und Entwicklung auf diesem Feld wurde und wird in Deutschland gar nicht bzw. in völlig unzureichender Weise vorgenommen, was im Lichte der Chancen und Möglichkeiten völlig unverständlich ist. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Gründe für Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sehen die Antragssteller ausschließlich im menschlichen Unverständnis.

---

<sup>36</sup> [www.mobt3ath.com/uploade/book/book-51535.pdf](http://www.mobt3ath.com/uploade/book/book-51535.pdf)

<sup>37</sup> Potsdamer neueste Nachrichten Wirtschaft – Rohstoffe der Zukunft aus der Biomasse-Küche. 20. Juni 2019, S. 10-13.









